

## Wir wollen keine Panzertransporte durch die Lausitz!

In Folge des Ukraine – Konflikts beschlossen im September 2014 die Staats - und Regierungschefs der in der NATO verbündeten Länder auf dem NATO-Gipfel in Wales jegliche praktische militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auszusetzen, die politischen Kommunikationskanäle jedoch weiter offenzuhalten. Dieser Beschluss folgte einem Übereinkommen der Außenminister der NATO-Staaten. Die USA haben auf Bitten der osteuropäischen Nato-Länder zusätzliche Truppen nach Osteuropa gesendet. Mit Rücksicht auf die NATO-Russland-Grundakte erfolgt keine ständige Stationierung, sondern alle neun Monate werden militärischen Einheiten ausgetauscht. Damit geht das verstärkte Wettrüsten in der Welt weiter, dem wollen wir entschieden entgegenzutreten.

Die Lausitz wird immer öfter zum Durch- und Aufmarschgebiet für zusätzliche NATO Truppen. Besonders die Verlegung von Panzerverbänden ist kein Beitrag zur Friedenserhaltung. Panzer sind Angriffswaffen, die dazu dienen schnell in ein Nachbarland einzufallen. Sie bergen die Gefahr, dass ungewollt Konflikte provoziert werden, die dann nicht mehr zu stoppen sind. Der Angst vieler Polen vor einer russischen Aggression, wird damit nicht bekämpft. Dies geht nur mit konsequenter Abrüstung und der Einhaltung internationaler Verträge.

Der Ostukrainekonflikt zeigt, dass Nationalismus kein Weg für ein friedliches Zusammenleben darstellt. Die Aufnahme der Krim in die russische Föderation darf man getrost als Notwehr gegen das weitere Vorrücken der NATO im Schwarzen Meer verstehen.

Angesichts der wieder in diesen Tagen einsetzenden NATO – Truppenverlagerung durch die Lausitz fordern wir die Bundesregierung auf:

- sich im Rahmen der NATO sich für eine Beendigung der Truppentransporte einzusetzen und keine Stationierung weiterer Truppen östlich der früheren Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD zuzulassen, auch nicht mittels „revolve“.
- sich für eine zügige Verbesserung des deutsch-russischen Beziehungen auf allen Ebenen einzusetzen. Die Wirtschaftssanktionen müssen beendet werden. Sie schaden vor allem der ostdeutschen Wirtschaft und verändern die politischen Verhältnisse negativ.

Gegenüber der Landes- und Bundesregierung fordern wir, nicht den Strukturwandel und seine finanziellen Mittel für den Ausbau des Truppenübungsplatzes Oberlausitz zu einer Plattform für Truppentransporte zu missbrauchen.